

Förderung aller Kinder notwendig!

2007 leben in Deutschland mehr als 2 Mio. Kinder und Jugendliche in Familien, die Arbeitslosengeld II (Hartz IV) beziehen. Zudem leben immer mehr Kinder in Familien, die im Niedriglohnbereich verdienen oder sogar Anspruch auf ergänzende Unterstützung durch Hartz IV haben - diese Kinder leben also knapp an der "offiziellen" Schwelle zur Armut.

In der öffentlichen Diskussion werden aktuell finanzielle Transfers wie beispielsweise das Kindergeld gegen den Ausbau sozialer Dienste für Familien ausgespielt. Unsere nordeuropäischen Nachbarn zeigen uns jedoch, dass erst eine abgestimmte Kombination von Zeit, Geld und Infrastruktur für Familien erfolgreich ist – zur Bekämpfung von Armut und zur Gleichstellung der Geschlechter.

Mit den folgenden Forderungen an den Bundestag und die Bundesregierung finden sich die unterzeichnenden Verbände zusammen, um gemeinsam auf eine Politik für gute Lebensbedingungen und Perspektiven aller Familien hinzuwirken.

1. Gerechtere Besteuerung einführen

- Wir fordern, die Ehegattenbesteuerung zu reformieren. Dies kann dadurch erfolgen, dass Einkommen in Ehen so wie auch bei anderen Lebensformen individuell besteuert werden.
- Die Unterhaltspflicht der Partner/innen in Ehen wie in eingetragenen Lebenspartnerschaften untereinander wird mittels übertragbarer Grundfreibeträge berücksichtigt.
- Die dadurch freiwerdenden Mittel müssen in den Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur und in eine Existenzsicherung für Kinder investiert werden.
- Bei der Einführung eines Familiensplittings werden die verteilungs- und geschlechterpolitisch negativen Auswirkungen des gegenwärtigen Ehegattensplittings mit noch größerem finanziellen Aufwand fortgeführt - wir lehnen es daher ab.

2. Existenzsicherung für Kinder schaffen

- Wir fordern den Ausbau des Kindergeldes in Richtung einer Existenzsicherung für Kinder.
- Dieses soll das soziokulturelle Existenzminimum eines Kindes bis zum Ende der ersten Ausbildung abdecken.
- Wir fordern ein stimmiges Konzept von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialkassen, das soziale Dienste und Bildungsangebote für Familien stärkt, Familien von Bildungsausgaben entlastet, Armutslöhne verhindert und den Unterhalt von Kindern sichert.

3. Senkung kindbedingter Ausgaben von Familien

- Lernmittel und Ganztagsangebote mit einem gesunden Mittagessen müssen in Krippen, Kitas und Schulen gebührenfrei sein.
- Jedes Kind und jede/r Jugendliche müssen die Chance auf bestmögliche Bildung und Ausbildung haben.
- Wir lehnen daher Barrieren wie beispielsweise Studiengebühren ab.

4. Für einen Rechtsanspruch auf Bildung von Anfang an!

- Wir fordern die Schaffung eines Rechtsanspruches auf frühkindliche Bildung und Betreuung von Geburt an.
- Die Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Als Richtschnur gilt dabei die Zielmarke der Europäischen Union, bis 2010 - und nicht erst 2013 - jedem dritten Kind unter drei Jahre einen Platz zu garantieren.
- Wir fordern ein durchgängig hohes Qualitätsniveau für die Kindertagesbetreuung, das in allen 16 Bundesländern kontinuierlich durch Qualitätsmanagement-Systeme überprüft wird. Dies erfordert die Bereitstellung entsprechender personeller und finanzieller Ressourcen. Die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten von Erzieher/innen müssen verbessert und diese entsprechend höher entlohnt werden. Außerdem bedarf es gezielter Maßnahmen, dass künftig mehr Männer den Beruf des Erziehers ergreifen.

5. Mehr Zeit für Familien

- Durch finanziell abgesicherte und befristete „Auszeiten“ sowie die familienfreundliche Gestaltung von Arbeitszeiten muss eine bessere Vereinbarkeit von Familienarbeit und Berufstätigkeit ermöglicht werden. Dies schließt für uns auch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflegezeiten und Berufstätigkeit ein. Bei der Ausgestaltung der Maßnahmen ist auf die Beteiligung beider Geschlechter zu achten.